



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/200 - 29.8.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

In Gewerkschaftskreisen sieht man die Lage anders	S. 1
Island - Bastion im Norden	S. 3
Vorschau auf eine Prinzenhochzeit	S. 4
Wiedererwachen einer vertrauten Terminologie ?	S. 6
Geheimnisvolles Rationalisierungs-Kuratorium	S. 7

Alles in schönster Ordnung ?

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns mitgeteilt:

In der letzten Zeit häufen sich Veröffentlichungen, aus denen man den Eindruck gewinnen soll, daß zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften eine Einigung in wichtigen Grundsatzfragen erreicht sei. Sie stützten sich unter anderem auf Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Christian Fette. Bei ihrer Interpretierung kam zum Beispiel der Pressedienst der CDU-CSU zu der Feststellung: "Fette zog nachdrücklich die Grenze zur SPD: Der DGB stehe nicht unter der Kontrolle der SPD".

Damit wird nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Wohlweislich unterließ man es aber, an Äußerungen Fettes zu erinnern, die noch nicht einen Monat zurückliegen und die in keinem Punkt ihre Aktualität eingebüßt haben: Es geht nicht nur um Einzelfragen, sondern um den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der Bundesrepublik. "Wir haben schon mehrfach beobachten müssen, daß einige der CDU nahestehende Organe immer dann den Vorwurf erhoben, der DGB habe seine parteipolitische Neutralität verletzt, wenn die Gewerkschaften eine Entscheidung trafen oder eine Erklärung abgaben, die der Bundesregierung nicht angenehm war. In allen anderen Fällen, das heißt, wenn der DGB eine Entscheidung traf, die sich mit der Haltung der Bundesregierung deckte, wurde dies als ein Beweis für die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften gewertet - eine sehr wenig konsequente Haltung".

Diese Erklärung erfolgte eine Woche nach dem Beschluß des Vorstandes des DGB, vom 24. Juli, der eben jene grundsätzliche Wandlung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung forderte. Es haben dann die Verhandlungen auf dem Bürgerstock stattgefunden, die sozusagen eine atmosphärische Beruhigung, aber durchaus keine grundsätzliche Klärung brachten. Sie

sollen in den nächsten Tagen fortgeführt werden.

Was geschah konkret ? Ein Angebot des Kanzlers an die Gewerkschaften, einen Vertrauensmann in eine hohe Beamtstellung des Wirtschaftsministeriums zu entsenden wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß eine solche Maßnahme zumal unter der Aegide von Prof. Erhard nichts verspreche. Weiter hat man von der Schaffung eines wirtschaftlichen Beirates von 16 Personen gesprochen, in dem, nach dem Vorschlag des Kanzlers, die Gewerkschaften durch zwei Sachverständige vertreten sein sollten. Fette hat geantwortet, diese Vertretung würde nach seiner Ansicht nicht der Bedeutung der in den Gewerkschaften organisierten sechs Millionen entsprechen. Für den Wirtschaftsrat aus 60 Personen hat Fette die Parität verlangt, die ihm nicht ausdrücklich zugestanden, auch nicht ausdrücklich verwehrt wurde. Auch hierzu wurde von gewerkschaftlicher Seite erklärt, dieses Gremium allein könne nicht genügen, zusätzlich wurde der Umbau der Industrie- und Handelskammern vorgeschlagen, und auch für dieses Gremium die paritätische Zusammensetzung gefordert. Dazu ist aus diesem Anlaß keine Stellungnahme von Regierungsseite erfolgt. Der Bundeskanzler soll außerdem nach Fettes Worten (und nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung") "die Bereitschaft erklärt haben, eine gewisse Sozialisierung nach Maßgabe des Ahlener Programms in Erwägung zu ziehen".

Inwiefern kann man da eigentlich von einer Einigung sprechen, zumal auch in den Spezialfragen des elften Mannes in den Aufsichtsräten der Kohlen- und Eisenunternehmungen, der Gewerkschaftsforderung nach einer vernünftigen Neuordnung im Kohlenbergbau (G-Gesellschaften) und vor allem der Wiedereinsetzung der Altbesitzer in ihre alten Rechte (Aktienumtausch) kein Überkommen erzielt wurde ? Darstellungen, die unter diesen Umständen so tun, als sei das Problem der sehr natürlichen Gegensätzlichkeit zwischen dieser Regierung und den Gewerkschaften im Grunde gelöst, sind nichts als politische Stimmungsmache. Wie wenig alles in schönster Ordnung ist, zeigt jetzt wieder die neueste Kontroverse zwischen dem DGB und den Koalitionsparteien, der DP und insbesondere der FDP, über deren Versuch, die Gewerkschaften zu spalten und die "gelben Werkvereine" wieder ins Leben zu rufen.

Sehr viele Gewerkschafter haben jenes verräterische Wort vom "einfangen" aus dem Blücherschen Telegramm noch nicht vergessen und auch nicht, daß es in gut zwei Stunden zu einer Einigung zwischen dem Kanzler und seinem ständigen Stellvertreter in der Bundesregierung kam - auf wessen Kosten ?

+ + +

B a s t i o n i m N o r d e n

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

Island gewinnt im strategischen Abwahrssystem der atlantischen Mächte steigende Bedeutung.

K.V. Während des Krieges, 1944, löste Island seine Verbindungen mit Dänemark und erklärte sich zur Republik. Das geschah zur gleichen Zeit, als die Insel von 15000 Mann alliierter Truppen, meist Amerikaner, besetzt war. Auf jeden Isländer kam ein Okkupationssoldat. Die Tatsache der Besetzung hinderte nicht, daß sich Island selbständig machen konnte, und auch im Lichte der augenblicklichen Entwicklung ist die Selbständigkeit dieses Landes nicht gefährdet.

Vor etwa drei Monaten landeten einige hundert amerikanische Soldaten mit Flugzeugen auf dem größten von den Amerikanern während des Krieges erbauten Flugplatz Islands, Keflavik. Seitdem ist von den USA aus viel Kriegsmaterial in Island an Land gebracht worden. Wie steht es mit der Rechtsgrundlage dieser Luftlandung, die für die Öffentlichkeit plötzlich und unerwartet kam ?

Island trat im Frühjahr 1949 dem Atlantikpakt bei. Zwei Voraussetzungen waren für diesen Beitritt maßgebend: Island bestand wie bisher darauf, keine eigene Militärmacht zu bilden. Die Konsequenz hieraus war, daß Island sich bereit erklärte, die Sicherheit des Landes den übrigen Mächten des Atlantikpakts, vor allem den USA, anzuvertrauen. Über Zeitpunkt und Stärke der eventuell auf der Insel zu stationierenden Truppen sollte ein Einverständnis mit Islands Regierung erzielt werden. Dies geschah, bevor die amerikanischen Truppen auf Keflavik landeten, nachdem sich die isländische Regierung der Zustimmung der 12-er nichtkommunistischer Abgeordneten des "Alltings" versichert hatte.

Der Tag der Landung amerikanischer Soldaten auf Island war ein einschneidendes Ereignis für die isländische Republik. Er leitete einen Zeitabschnitt militärischer Vorbereitungen ein, deren Ziel es ist, einerseits für den Kriegsfall schnellere und stärkere Hilfe

von Seiten der USA an Norwegen und Dänemark gelangen zu lassen, andererseits das Problem der Verteidigung Islands selbst in Angriff zu nehmen.

Die Voraussetzungen der Verteidigung der Insel sind überaus günstig. Islands geographische Lage im Norden des Atlantischen Ozeans, im Schutze der beiden stärksten Seemächte der Welt, macht einen Angriff auf Island unwahrscheinlich. Dazu kommt, daß zur Zeit in keinem Land der Welt der Transport von Menschen und Waren in stärkerem Maße auf dem Luftwege durchgeführt wird als dort. Besonders nach dem Kriege hat Island, begünstigt durch seine Bodenverhältnisse, ein Netz von neuen Flugplätzen und neuen Fluglinien geschaffen, so daß dieses Land im Verhältnis zu seiner Größe und Einwohnerzahl die erste Flugnation der Welt geworden ist. Was heute dem Handel und Verkehr dient, kann unter anderen Umständen die Grundlage dafür sein, bewaffnete Formationen mit einem Minimum an Zeitaufwand an die gefährdeten Stellen der Insel zu dirigieren.

Gesehen von diesen beiden Voraussetzungen ist Island uneinnehmbar. Es gibt kein Land in Europa, das im Ernstfall geschützter wäre als diese Insel im Norden.

+ + +

#### V o r f r e u d e m i t R ü c k p o r t o

Bericht aus Hannover über ein bevorstehendes "gesellschaftliches Ereignis"

Durch die Herzen aller Welfentreuen Niedersachsens, politisch beheimatet bei Hellweges Deutscher Partei, geht in diesen Tagen ein heißes Beben: Der älteste Sohn des Hauses derer von Braunschweig und Lüneburg, der 37jährige Erbprinz Ernst August unterzieht sich einem höchst privaten Vergnügen, er heiratet. Die Tochter des Herzogs von Schleswig-Holstein-Glücksburg-Sonderburg, die 26jährige Prinzessin Ortrud. Das ist langersehntes Wasser auf die mühsam klappernden Mühlen der Welfentreuen.

Zwecks Ausnützung dieser Konjunktur hat sich beim Weingroßhändler Fr. W. Nolte in Hannover ("ein alter Gönner unseres

Königshauses") ein "Festauschuß zur Vorbereitung der Prinzenhochzeit" etabliert, der sich berufen fühlt, das gesellschaftliche und sensationelle Ereignis in das richtige politische Gleis zu lenken. Das beginnt damit, daß "Der Landesbote", eine "Unabhängige Wochenschrift für Niedersachsen", sonst entwaffnend naives Leib- und Magenblättchen der Welfentreuen und - mit etwas Reserve - Fürsprecher auch anderer Dynastien, daß diese Zeitschrift dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Kronprinzen von Preußen, der, weil er tot ist, nicht mehr dementieren kann, die knapp vor der Hitlerei ausgesprochene Überzeugung andichtet, "daß die politische Desorganisation Deutschlands durch eine Monarchie der Welfen im Laufe der weiteren Entwicklung beendet werden würde". Das pflanzt sich dann in einem Aufruf fort, in dem gesagt wird: "Wenn am 4. September a l l e Hannoveraner aus nah und fern sich bei der Hochzeit des Erbprinzen um unser Königshaus scharen, dann wird das zu einer Demonstration einer festen, treuen Verbundenheit des ältesten und ehrwürdigsten Fürstengeschlechtes, das aus den Uranfängen des Reiches in ungebrochener Kraft in unsere Gegenwart hineinreicht, mit dem niedersächsischen Stamm werden". In der nächsten Nummer gibt es dann bereits "Überall Vorfreude", wobei wegen der vielen Rückfragen gebeten wird: "Ein Rückporto ist beizufügen".

Selbstverständlich hat das alles mit Politik nichts zu tun; das ist Tradition, gewürzt mit diskret lancierten Indiskretionen über das Brautkleid (16 Pfund schwer, aus 25 m Seidenrips, Taillenweite 62, Schleppe 6 m lang usw.usw.); mit Ankündigungen, wer alles sich spontan bereit gefunden habe, Spalier zu stehen usw. Bei dem Wunsch, das Brautpaar und die Hochzeitsgesellschaft mit etwa fünfzig Kutschen durch die enge Altstadt Hannovers zu fahren, das beiderseitige Vergnügen also recht lang auszukosten und zwecks Unterstreichung dieser Absicht an den verkehrungünstigsten Stellen Tribünen aufzubauen, geriet der Festauschuß mit den Verkehrsexperten der Stadtverwaltung in Konflikt. Aus den sechs Brautschimmeln des Festauschusses wird also nichts, es muß mit Autos gefahren werden und manche Tribüne, deren Plätze heute schon mit 30,- und mehr DM schwarz gehandelt werden, bleibt ungebaut.

Offen bleibt die Frage, wer den Rummel des Festausschusses bezahlen wird. Der Herzog ließ im Vorjahr, angeblich um Soforthilfe-Abgabe und Steuern bezahlen zu können, seine Antiquitäten entrümpeln, wobei es eine Ritter-Rüstung auf 22000 Mark brachte. Offen bleibt auch die Frage, ob der Herzog, der sich bisher offiziell in der Politik im Hintergrund hielt, die Antiquitäten deckt, mit denen der Festausschuß in Politik machen möchte. Der Tod des preussischen Kronprinzen war, man liest es zwischen den Zeilen des "Landesboten", Morgenluft für die Redaktion dieses Blättchens. Finanziell ist der Herzog am "Landesboten" beteiligt.

+ + +

#### Der "jüdische" Kritiker

(sp) Wer noch immer nicht begriffen haben sollte, daß neuerdings die Abstempelung nach Konfessionen und Rassen wieder eine gebührende Rolle spielt, der wird durch die letzte Ausgabe des "Rheinischen Merkur" vom 24. August dankenswerterweise entsprechend belehrt. Dort findet sich unter der unscheinbaren Rubrik "Punktnotizen" ein Programmhinweis, der wörtlich besagt: "Das Kölner Nachtprogramm sendet Montag 22.35 Uhr ein Manuskript des jüdischen Kritikers Julius Bab über Goethe und Walt Whitman".

Die jüngere Generation wird sich kaum noch erinnern, daß Julius Bab vor 1933 einer der geachtetsten Schriftsteller, Kritiker und Theaterspezialisten war, der seine Werke keineswegs in hebräischer Sprache, sondern in einem übrigens ausgezeichneten Deutsch veröffentlichte. Bab kehrte erfreulicherweise vor kurzem zu einem längeren Aufenthalt nach Deutschland zurück, um nun dem deutschen Publikum vom "Rheinischen Merkur" als "jüdischer Kritiker" vorgestellt zu werden. Die Kennzeichnung eines Publizisten, Musikers, Wissenschaftlers oder Politikers als "jüdisch" war bislang ein spezifisches moralisches und stilistisches Charakteristikum des Dritten Reiches und diente allein dazu, den Wert einer geistigen Persönlichkeit oder einer schöpferischen Leistung im Urteil einer maßlos aufgehetzten öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Schon einmal begann es zunächst mit der Abstempelung "jüdisch", um schließlich mit Theresienstadt und Auschwitz zu enden. Aber selbst wenn sich das verantwortliche Blatt auf ein Versehen berufen sollte, so erhält dieses Versehen bei der notorischen Geisteshaltung des "Rheinischen Merkur" das Gewicht einer Fehlleistung, die nicht scharf genug verurteilt werden kann.

+ + +

Unternehmer hinter verschlossenen Türen

H.-Baden-Baden

In der vergangenen Woche trafen sich in zwei Baden-Badener Luxushotels eine größere Anzahl - man spricht von über hundert - Unternehmer aus der Bundesrepublik, aus Österreich und der Schweiz mit maßgebenden Persönlichkeiten der amerikanischen Industrie zu viertägigen Besprechungen. Die Öffentlichkeit erfuhr von dieser Veranstaltung nichts; sie wurde angeregt durch Verbindungsstellen der Marshallplanhilfe.

Leiter der Tagung war der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg. Die amerikanische Delegation wurde geführt von dem "Schalkkönig" Henry C. Nunn; ferner nahmen aus USA teil der Präsident des National-Management Council, Mr. Haynes, der Vizepräsident der Arkansas Power and Light Co., W.H. Shepard und Prof. E.A. Boyan, der Experte für industrielle Programmplanung und Qualitätskontrolle im amerikanischen Industrieverband.

Wie wir erfahren, wurde von den Amerikanern vor allem darauf hingewiesen, daß die Steigerung der industriellen Produktivität vornehmlich eine unternehmerische Aufgabe sei. Sie müsse sich aber unter Mitarbeit der Gewerkschaften vollziehen, wobei die Struktur der amerikanischen Gewerkschaften als hierfür besonders geeignet unterstrichen wurde. Von deutscher Unternehmerseite wurde auf die bei uns anders gelagerte Situation im Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer hingewiesen. Man kam deshalb grundsätzlich überein, daß es wichtig sei, in Zukunft zu den weiteren Gesprächen dieser Art auch Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes heranzuziehen. Daneben wurden Fragen der Betriebsführung und des internationalen Industriemarktes, der technischen Rationalisierung, der Absatzorganisation und der Zusammenarbeit mit dem Handel besprochen.

Die Verhandlungen selbst waren der Presse nicht zugänglich, obwohl eine derartige Konferenz die Öffentlichkeit, wenigstens in ihren wesentlichsten Ergebnissen, interessiert hätte. Der - übrigens völlig unamerikanische - Schleier des Geheimnisses über einer solchen bedeutsamen Tagung mahnt jedenfalls zur Wachsamkeit an allen denjenigen Stellen, die dem veranstaltenden "Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft" nicht gerne einen Blankoscheck über die Entwicklung der Wirtschaft ausstellen möchten.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau